

Missverständnisse beseitigen

Ein Diskussionsbeitrag über das Verhältnis Schweiz-Liechtenstein

«Das erste Missverständnis mancher Schweizer ist es, Liechtenstein als kleinen Staat zu bezeichnen, der sich im Windschatten der Schweiz durch die Weltpolitik bewegt und eine Fortsetzung der Schweiz mit anderen Mitteln ist. Hier werden Quantität und Qualität miteinander verwechselt.» «Ein zweites Missverständnis aus Schweizer Sicht wäre es, den liberalisierenden Einfluss Liechtensteins auf die Schweiz zu unterschätzen. Mir ist es auch lieber, wenn unser östlicher Nachbar nicht nur eine Konkurrenz auf finanziellem Gebiet ist, sondern in bezug auf mehr Freiräume für die Menschen.»

Diese mehr als freundlichen Worte für unser Land formulierte kein Liechtensteiner, sondern, wie aus dem letzten Satz des Zitates hervorgeht, ein Schweizer. Sie sind einem Referat entnommen, das der FDP-Nationalrat Ulrich Bremi aus Zollikon im Rahmen einer Presseveranstaltung am Dienstag in Vaduz hielt. Thema des Referates: «Die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz.» Aus Anlass: das 50jährige Bestehen der Präsidial-Anstalt (PA), das im Ablauf dieser Woche in mehreren Rahmenveranstaltungen begangen wurde (siehe VOLKSBLATT vom Mittwoch).

Zur oft gehörten (schweizerischen) Kritik an der Niedrig-Steuersituation in Liechtenstein gab Ulrich Bremi zu bedenken, dass Steuerpolitik eine nationale Aufgabe bleiben müsse und dass es keiner Regierung in Europa zugemutet werden dürfe, Steuern zu erhöhen, um damit die Fehler anderer Regierungen auszugleichen. Die nach der sog. Texon/SKA-Affäre durchgezogene, bereits früher eingeleitete Gesellschaftsrechtsreform, bezeichnete Nationalrat Bremi als ein Modell zur Verhinderung unerlaubter Machenschaften. Der Währungsvertrag ist in den Augen des FDP-Politikers «ein gesunder Kompromiss ... der die zwi-

schenstaatlichen Steuer- und Gesellschaftsrechtsprinzipien ebenso achtet, wie die Souveränität des Fürstentums ...»

Wir veröffentlichen den Vortrag von Nationalrat Ulrich Bremi auf Seite 3 des heutigen VOLKSBLATT im Wortlaut («Ausgewogenheit und gegenseitiger Respekt»). Dabei verkennen wir nicht, dass Ulrich Bremi aus Anlass eines Firmenjubiläums in Vaduz gesprochen hat und dass ihm das gestellte Thema möglicherweise auch ein willkommener Anlass war, um seinen persönlichen und politischen Standpunkt zu einigen Grundsatzfragen über die Grenzen Liechtensteins hinaus neu zu untermauern. Wir meinen aber gleichzeitig, dass der Vortrag von Nationalrat Bremi ein weiterer Beitrag zur aktuellen Diskussion über das Verhältnis Schweiz-Liechtenstein ist, den wir unserer Öffentlichkeit nicht vorenthalten sollen. w.

Aus der Regierungssitzung

Die Beschlüsse vom Dienstag dieser Woche

In ihrer Sitzung vom Dienstag dieser Woche hat die Regierung u. a. folgende Beschlüsse gefasst:

Perspektivstudie über die liechtensteinische Wirtschaft

Im Zusammenhang mit der Erstellung einer Perspektivstudie über die liechtensteinische Wirtschaft hat die Regierung eine Kommission bestellt, die sich aus Vertretern der Regierung und der Wirtschaftsverbände zusammensetzt. Diese Kommission soll einen Problemerkatalog erarbeiten, die notwendigen Daten zur Verfügung stellen sowie bei der Erstellung der Studie beratend mitwirken.

Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung

Nach der Behandlung und Verabschiedung der AHV-Gesetzesvorlage im Landtag haben sich für die IV-Gesetzesvorlage einige Änderungen ergeben. Ein entsprechender Bericht und Antrag zur Neufassung des Gesetzes wird dieser Tage an den Landtag weitergeleitet.

Landesbeitrag für die Schaffung eines liechtensteinischen Namenbuchs

Auf Antrag des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein beschliesst die Regierung, die Schaffung eines liechtensteinischen Namenbuchs zu finanzieren. Für das Jahr 1981 wird ein Kredit von 10 000 Franken bewilligt.

Landeskredit für die Fortführung der beiden Forschungsaufträge «Herbar für das Fürstentum Liechtenstein» und «Lichtaktive Insekten Ruggeller Riet»

Auf Antrag der Naturschutzkommission genehmigt die Regierung einen Kredit von 12 000 Franken für den Forschungsauftrag «Herbar für das Fürstentum Liechtenstein» sowie 14 000 Franken für das Projekt «Lichtaktive Insekten Ruggeller Riet».

Gesetz über die Pensionsversicherung und die Sparkasse für die Beamten, Angestellten und Lehrer

Die Regierung genehmigt den Entwurf eines Gesetzes über die Pensionsversicherung und die Sparkasse für die Beamten, Angestellten und Lehrer. Die Regierungsvorlage wird an den Landtag weitergeleitet.

Gewährung von Landesbeiträgen

- Ostschweizerisches Kinderspital, St. Gallen: 106 389 Franken als Defizitanteil Liechtensteins für das Jahr 1980
- Verein Valünaalopp: 6000 Franken als Landesbeitrag für 1981

- Verein Wildpark, Feldkirch: 1000 Franken als Jahresbeitrag für 1981

- Internationaler Sozialdienst der Schweiz: 1000 Franken als Jahresbeitrag für 1981

- Die Regierung beschliesst, einen freiwilligen Beitrag von 1000 US-Dollar an die Finanzierung des «Weltjahres der Kommunikation», 1983, zu leisten.

Zusicherung von Subventionen

- Gemeinde Schellenberg: Für den Neubau des Dorfcentrums Schellenberg - Kostenvoranschlag Luftschutzraum, Feuerwehr, Jugendraum, Tufnhalle: 3 633 527 Franken, Subventions-Satz 70 Prozent - Kostenvoranschlag Werkhof, Abwart-

wohnung, Vereinsräume, Gemeindeverwaltung: 3 096 473 Franken, Subventions-Satz 15 Prozent - Total: 6 730 000 Franken

- Gemeinde Triesenberg: Für Aufforstungsprojekt «Tschuggelti» - Kostenvoranschlag: 53 000 Franken, Subventions-Satz 70 Prozent

An die Kosten eines Sprengkurses für die Gemeindeförster wird eine Subvention von 37,5 Prozent bewilligt.

Arbeitsvergaben

- Schulzentrum Mühleholz: Spengler- und Flachdacharbeiten, Zimmerarbeiten
- Landstrasse Schlosstrasse Triesenberg: Baumeisterarbeiten
- Sanierung «Lärchenbüchel» Alp Guschg: Erd- und Zäunungsarbeiten
- Lawinenverbauung Kirchlespitz: Bau- und Montagearbeiten

Wiens Botschafter in Liechtenstein

Antrittsbesuch Dr. Karl Fischers verlief in freundschaftlicher Atmosphäre

Mit einem Empfang, den S. D. Fürst Franz Josef II. von Liechtenstein auf Schloss Vaduz gab, und einem anschließenden Mittagessen der Regierung im Real, ging der offizielle Teil des Antrittsbesuches des neuen österreichischen Botschafters in Liechtenstein, Dr. Karl Fischer, gestern Mittwoch zu Ende. Vor seiner Rückkehr nach Wien gab der Botschafter noch einen Empfang für die Mitglieder des Österreichischer Vereins in Liechtenstein. Der ganze zweitägige Aufenthalt Dr. Karl Fischers war von einer gelösten und freundschaftlichen Atmosphäre geprägt.

Mit der Berufung eines Botschafters hat Österreich die diplomatischen Bezie-

hungen zwischen Wien und Vaduz auf einen höheren Rang gestellt, als dies in der bisherigen Geschichte der beiden Länder der Fall war.

Nachdem der verdiente, frühere österreichische Generalkonsul in Liechtenstein, Dr. Dr. Herbert Batliner, zurückgetreten war, fühlten sich insbesondere die Österreicher in Liechtenstein von ihrem eigenen Lande vernachlässigt. Auf liechtensteinischer Seite vermisste man die immer wieder geschätzte Mittlerrolle zwischen der österreichischen Vertretung im Lande und der Regierung in Wien.

Mit der Berufung Dr. Karl Fischers hat die österreichische Bundesregierung ihre Zusage wahrgemacht und einen Berufsdi-

plomaten mit der Wahrnehmung ihrer Interessen in Liechtenstein betraut. Da Dr. Karl Fischer sein neues Amt von Wien aus versieht, wird Wien in naher Zukunft einen neuen Honorarkonsul in Vaduz berufen. Der neue Honorarkonsul wird ein österreichischer Staatsbürger sein.

Mit einem Empfang auf Schloss Vaduz sowie der Übergabe der Beglaubigungsurkunde an S. D. Fürst Franz Josef II. (unser Bild) ging gestern Mittag der offizielle Teil des Antrittsbesuches des neuen österreichischen Botschafters in Liechtenstein, Dr. Karl Fischer, zu Ende. (Foto: Xaver Jehle)



Europarat

Politische Kommission tagt in Liechtenstein

Am 14. und 15. September 1981 wird erstmals eine Kommission der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, und zwar die Politische Kommission, eine ihrer Sitzungen in Liechtenstein abhalten. Es werden Parlamentarier aus sämtlichen Mitgliedstaaten des Europarates erwartet. S. D. der Landesfürst wird die Gäste am Dienstag, den 15. September 1981 auf Schloss Vaduz empfangen. Ausserhalb der Tagesordnung stehen u. a. eine Rundfahrt durch einen Teil unseres Landes sowie die Besichtigung des Landesmuseums auf dem Programm.

Regionalplanung

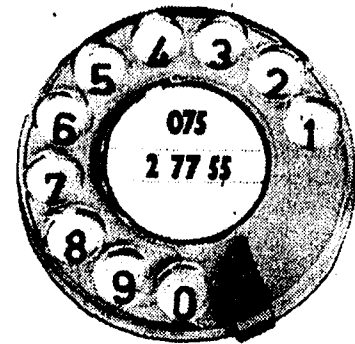
Landesplanerische Bestandesaufnahme zum Siedlungsplan

(PAFL) - In ihrer letzten Sitzung vom Dienstag dieser Woche hat die Regierung Kenntnis von der Bestandesaufnahme zum Siedlungsplan vorgenommen. Die vom Beauftragten für Landesplanung ausgearbeitete Bestandesaufnahme soll nun im Rahmen der Erarbeitung eines Siedlungsplankonzeptes mit den Gemeinden des Landes diskutiert werden.

Als Teilbereich einer landesweiten Regionalplanung legt der Siedlungsplan Grundsätze und Massnahmen für die Entwicklung der Besiedlung fest.

Die Bestandesaufnahme bildet die Grundlage, mit den Gemeinden zusammen den Siedlungsplan als Richtlinie für die künftige Gestaltung der liechtensteinischen Siedlungsgebiete zu erarbeiten. So wird darin unter anderem darauf hingewiesen, dass die «Streusiedlung» - nach wie vor das grösste Problem des Siedlungsplanes - in den letzten Jahren nicht spürbar eingedämmt werden konnte. Die möglichen Massnahmen sind gebietsmässig auf einer Landeskarte (1:25 000) umrissen und umfassen insbesondere die Subventionspolitik des Staates, die Genehmigungskompetenzen im Sinne von Artikel 3 des Landesbaugesetzes, die Genehmigung bzw. Verweigerung zur Durchführung von Baulandumlegungen und eine neu intensivierte Beratung der Gemeinden.

Für Privatkredite



BILFINANZ
AKTIENGESELLSCHAFT

FL-9490 VADUZ · TELEFON 075 / 27755

Subventionen

Neue gesetzliche Grundlagen für staatliche Beitragsleistungen

(PAFL) - In der letzten Sitzung beschloss die Regierung grundsätzlich die Überprüfung der gesetzlichen Grundlagen betr. die Gewährung von Subventionen. Mit der Grundlagenerarbeitung wird eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe betraut. Durch die Schaffung solcher neuer gesetzlicher Grundlagen sollen die Beitragsverpflichtungen sowie die Ausrichtung und Übernahme von Kostenanteilen durch den Staat einheitlich geregelt werden. Derzeit stützen sich die vom Staat ausgerichteten Beitragsleistungen und Subventionen teils auf Einzelgesetze, teils auf Landtags- und Regierungsbeschlüsse, teils auf Verordnungen oder Reglemente. Verbunden damit wird eine detaillierte Überprüfung der heutigen Subventionspraxis sein.

Alpabtriebe

Verkehrsbehinderung und Strassensperrung am Samstag

(p.) - Am kommenden Samstag, den 12. September 1981 werden mehrere Alpabtriebe aus dem Alpengebiet durchgeführt, weshalb mit starker Verkehrsbehinderung auf der Bergstrasse Vaduz-Triesenberg und auf der Hauptstrasse von Schaan bis Balzers zu rechnen ist. Die Schlosstrasse von Vaduz nach Triesenberg muss aus diesem Grunde am Samstag nachmittag für jeden Verkehr gesperrt werden.